

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer, Organisator und Geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert
Wiederholte Klage gegen
Bundesrepublik Deutschland
seit 2011**

**Nedderstraße 40
42549 Velbert**

Velbert, 03.Okt.2024

**Klage wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit
Antrag auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren
gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG und Mehr-
Richter-Verfahren**

Albin L. Ockl, Kläger seit 2011 nach Petitionen an den
Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und den
Bayerischen Landtag in München (2010),

**Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, vertreten durch den
**Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere
Aufgaben, 11044 Berlin**

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Begründung:

AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):

75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog.“Kunstmühle“ (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Zu AGV-01. Faktenlage 2024 der mehrfach wiederholten Klage gegen Bundesrepublik Deutschland seit 2011 nach Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin (2010) und am Bayerischen Landtag in München (2010):
75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2), unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr (Z4), mit verfassungswidrigem Übermaß inkl. Datenschutz-Skandal (Z5) Menschenrechte mit Füßen getreten bis zum Datenschutz-Skandal und Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Stellungnahmen aus mehreren Verfassungsbeschwerden.

Sieh **Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

75 Jahre Grundgesetz, Grob-Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzunehmen

Sieh **Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott von Güteverfahren** in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**
Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:
Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice 6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:

Professionelles Wissensmanagement mit historischen Dokumenten über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche, Leihgabe aus Congressmesse-Archiv

2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:

ONLINE'84, 7.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation,
mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . . **"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus 32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):

[Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management](#) (Band zu Kongress I)

[Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard](#) (Band zu Kongress II)

[Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze](#) (Band zu Kongress III)

[Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation](#) (Band zu Kongress IV)

[CAD/CAM und Computer-Graphik](#) (Band zu Kongress V)

[Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste](#) (Band zu Kongress VI)

ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:

Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,

> > > **Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Praxis-Seminare**, insgesamt

57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin mit Demo- und Beratungsständen

> > > **Fernsehen Live von der ONLINE'84**

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8 &e=2&m=56&f=1#7>

Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001. Hohe Verluste mit Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Sieh **Anlage VE-03:**

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38 an das Landessozialgericht

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen**

Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen

Rentner im 83.Lebensjahr,

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung.

Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen

> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am (Ober-)Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl) **Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal**, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.

Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024 (1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,

ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:

Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI

(Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24

vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung

verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von

Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von

Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden

Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-

Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte

unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt

wegen direkter und persönlicher Verantwortung von

Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414)

gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C**

211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am

31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch

verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024

(Anlage VB-2414) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024)

mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten

Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit

BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil:

Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (**03.03.2024**) mit nachfolgender

Anhörungsrüge (**23.03.2024**) am Landgericht Wuppertal:

Rechtswidrig und verfassungswidrig.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:

> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfähige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren

> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)

> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen

> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf

> Gerichte übergreifend: Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83. Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art

> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen

Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal** mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung

> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer

(willfähige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung

> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren

in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, . . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal

mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,

mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im

Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“

> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten

> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen

durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.

> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier

nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.

> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023 mit Anlage VB-2352

wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998

sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser

respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352 Judikativer Boykott von Güteverfahren**

Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung

mit kapitalen Schäden

mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82. Lebensjahr,

mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.

Kapitel 164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg,

ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen

Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde,

ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für

digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:

> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker**

> **Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-**

Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> **mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum**

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023

Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,

mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den

Congressen, mit Rundfunk Sperre und kein Ende in Sicht

mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen

Bundesländern

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und

Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein

Absteigerland“

Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des

Zerschlagungsoffiziers definitiv zu verhindern gewesen und

Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.

Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit

Verfassungsbeschwerde vom 8. Juli 2023 eingefordert

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164,

sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>

Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024**

zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .

zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des

Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,

**Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel
in 2011-2012**

mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden **Monika Piel** nach mehrfachem Briefwechsel und
Verfassungsbeschwerde

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt
von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben
vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen
Bundestag:

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010
zurückgetreten)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
(Anlage LSG-38)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Zu AGV-02. 75 Jahre Deutsches Grundgesetz und über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google, mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz, mit Datenschutz, mit Unterstützung durch Staatsorgane, die gemäß Grundgesetz zu respektieren sind, mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte und Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte, Erschwerend: Staatsorgane übergreifend, Bundesländer übergreifend, Gerichte übergreifend, unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Intendanten-Ebene) und der Sozialversicherungen, trotz einer Vielzahl renommierter Zeugen, mit judikativem Boykott durch Richter ohne Respektierung der Grundrechte eines Staatsbürgers mit einem herausragendem Lebenswerk, ohne Respektierung seiner Grundrechte auf Datenschutz (Datenschutz-Skandal)

75 Jahre Deutsches Grundgesetz sind Anlass zum Nachdenken, was sich geändert hat seit 1945:

> Kläger, Jahrgang 1941, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen Z1-Z5, seit über 25 Jahren.

> Sein Vater: Ludwig Ockl, vom Kriegsdienst befreit wegen Betrieb einer sog. "Kunstmühle" (voll automatisiert, wegen Ernährung der Heimatbevölkerung vom Kriegsdienst befreit), für das Unternehmen Barbarossa von Hitler in den Krieg gezwungen (1941), weil kein NSDAP-Parteimitglied, beerdigt in Kramatorsk (Ukraine, 1945), Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

> Sein Bruder: Wendelin Ockl, Anerbe, politisch motivierte Zerschlagung Z2 am Geburtsort in Bayern, nach gleichzeitigen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010), mit politisch motivierter Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz. Entschädigung: bis dato Fehlanzeige.

Datenschutz-Skandal: Ursache für Bonitätsschwindel im SCHUFA-Netz, für Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, für Eskalation der sozialen Zerschlagung

Das Zerschlagungsoffer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.

Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt:

Gerhard Schröder (1998-2005 Bundeskanzler, Jahrgang 1944)

heute sanktionierter „Lobbyist“ eines Kriegsverbrechers mit Vorwurf des Völkermordes, Krieg verursachender Profiteur mit Riesenschaden für Deutschland, Europa und die freie Welt.

Schröder war als Ministerpräsident im Plenum seiner Europäischen Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg, der Unterzeichner hat ihn persönlich eingeladen, in Abstimmung mit einem qualifizierten Congressleiter, und sein Thema vorgeschlagen:

> > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

(Scroll down after link to ONLINE'91)

Anlass der Einladung. Wahlkampf an der Basis

missbraucht für Verteufelung des Computers als „Jobkiller“, bis 1990

nach der Wiedervereinigung, Themenvorschlag für seinen ONLINE'91-Referatsbeitrages mit Congressleiter und mit „Fingerspitzen-Gefühl“ abgestimmt.

Dr. Angela Merkel (2005-2021 Bundeskanzlerin, Jahrgang 1954, Fortsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis 2021), Bundesministerin aus der ehemaligen DDR seit der Wende (1991), mit einem Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier seit 2005, direkt persönlich involviert, mit Enteignung des Digitalgipfels seit 2006 (Zerstörung der Existenz-Grundlage), in herausgehobener Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg mit Russland/Putin-Nähe**, ohne Reue und Selbstkritik nicht nur für ihre Russland-Politik. Die Bundeskanzlerin hat intensive Bemühungen des Klägers um den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen unterbunden. Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in Verbindung mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler und der ARD-Vorsitzenden Monika Piel (nach mehreren Anschreiben und Verfassungsbeschwerde) nachgewiesen.

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005 Chef des Bundeskanzleramtes, Jahrgang 1956, Umsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik von Bundeskanzler Gerhard Schröder, nach 2005 als Stellvertreter der Bundeskanzlerin in der GROKO, heute Bundespräsident), direkt persönlich involviert mit Zerschlagung seiner Existenzgrundlage, wurde anlässlich der ONLINE'91 von Schröder als Medienreferent eingestellt, nach 2005 in führender politischer Stellung mitverantwortlich für **Ukraine-Putin-Krieg (10 Tage nach seiner Wiederwahl) mit Russland/Putin-Nähe**

Dr. Markus Söder, CSU, Ministerpräsident Bayerns seit 2019 (Staatsminister seit 2007), Schirmherr des neu ernannten 4.Volksstamms in Bayern, der Sudetendeutschen, Jahrgang 1967, in politischer Kumpanei mit der Bundeskanzlerin einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung, mit gemeinsamer Niederschlagung der Petitionen in Berlin und München, persönlich verantwortlich für eine Treib- und Hetzjagd unter Beteiligung sudetendeutscher Kommunalpolitiker gegen seinen Bruder, bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den Tod in 2012, mit Nachlass-Insolvenz am Geburtsort des Klägers, mit langjähriger Unterstützung durch das Verwaltungsgericht Regensburg.

Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, Schlüsselbedeutung für **Datenschutz-Skandal** mit „Hass“ im SCHUFA-Netz, bis März 2011 Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU, Chef des Bundeskanzleramts im Kabinett von Merkel I, hat zusammen mit der Bundeskanzlerin intensive Bemühungen des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen verhindert), danach unter Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU), sowie seine Frau, **Kristina Schröder**, Bundesministerin im Kabinett Merkel II, Niederschlagung der Petition mit Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags in 2010/2011.

Siehe **Anlage VE-01:** Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024, Seite 11:

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

Judikativer Boykott aller Klagen zu über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, Gründungsjahr von Google,
mit Zerschlagungen Z1, Z2, Z3, Z4, Z5 und mit Datenschutz-Skandal

Weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes: Sabotage der Klageverfahren und Güteverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland,
mitverantwortlich für Datenschutz in Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers
> Unbestreitbar: Persönliche Verantwortung von **Merkel / Söder** zu politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin **Eva-Maria Michel** (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
mit Wissen aller Bundespräsidenten,
mit Wissen aller Ministerpräsidenten aller Bundesländer,
mit Wissen aller Staatsorgane.

75 Jahre Grundgesetz sollten endlich ausreichen, um die Respektierung von Grundrechten im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal zu erreichen. Bis heute werden Gerichtsverfahren und Güteverfahren wegen grundgesetzlichen Anspruch (Art.34 GG) auf Rehabilitierung und Schadenersatz verhindert, am Landgericht Wuppertal und am Verwaltungsgericht Berlin u.a. wie z.B.

Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)

01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
 02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
 03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
 04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
 05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
 06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
 07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
 08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
 09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
 10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
 11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
- > > > <https://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

Sieh Gerichtsverfahren mit judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal:

2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung,
2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung.
Sieh Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg:

Der Verfasser wurde nach judikativen Boykott am Landgericht Wuppertal in 2017 gezwungen, beide Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin und Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (**Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23, OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11** Verwaltungsgericht Berlin)

fortzusetzen, die erneut entschieden haben, die Gerichtsverfahren **nach judikativem Boykott eines Güteverfahrens in 2023** erneut an Zivilgerichte abzuschieben.

Sieh **Anlage LSG-37**

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023

mit Anlage VB-2352 (Boykott Güteverfahren)

wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

nicht mehr nachvollziehbar, offensichtlich im Zusammenhang mit der **persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

Weisungsgebundene Staatsanwälte erfinden in Kumpanei mit Rechtsanwältinnen des Sozialversicherungsträger ständig neue Verfahren, um Rehabilitation und Schadenersatz (Schadenersatz-Sabotage) abzuschieben und zu verhindern:

Soziale Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung zu sozialer Aussperrung, sozialer Spaltung, sozialer Diskreditierung mit Datenschutz-Skandal und Eskalation heuchlerischer Güteveranstaltungen zu entwürdigenden, verfassungswidrigen Schauprozessen.

Das sind die wahren Gründe für judikativem Boykott von Güterichter-Verfahren

Heuchelei und Oberflächlichkeit ist keine akzeptable Option für Güteveranstaltungen, selbstverständlich wird auch eine hinreichende Qualität von Unterlagen zur Durchführung benötigt, um die der Kläger sehr besorgt ist.

Zu klären ist, ob das angelieferte Beweismaterial der

Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal (Klagen mit judikativem Boykott am Landgericht) verfügbar ist:

2 O 70/15 Klage gegen die Deutsche Bundesregierung (Z1)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

2 O 163/16 Klage gegen die Bayerische Staatsregierung (Z2)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Das angelieferte Beweismaterial am Landgericht

umfasst 6 große ELBA-Ordner (Z1: 4 Ordner, Z2: 2 Ordner)

Weiteres Beweismaterial

zu den politisch motivierten Zerschlagungen Z3, Z4, Z5 mit durchgeführten Gerichtsverfahren verfügbar.

Anlage VE-04

**Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal
Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des**

Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen
Opfer verhöhnende Dreistigkeit der Forderungsaufstellung der RAe caspers mock des beklagten Sozialversicherungsträgers
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.
Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05

Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.
Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2011 mit abschließenden Verfassungsbeschwerden

Hier letzte Verfassungsbeschwerden seit 2022

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18** gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

> **Neue Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 gegen 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22 und Gerichte übergreifend aus 27 K 4325/18 am Amtsgericht Velbert** gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>
Scroll down after link (page 251)

> **Neue Verfassungsbeschwerde (hier) vom 01.01.2023 gegen 27.Kammer am Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 2672/22** wegen Verweigerung von und mit Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380)

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen) weil Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz nicht nur im verwaltungsgerichtlichen Verfahren 27 K 2672/22 sabotiert werden, sondern auch im (ober)verwaltungsgerichtlichen Verfahren OVG 11 M 21/21 (VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin) weil weisungsgebundene Staatsanwälte mit sozialer Zerschlagung politisch motivierte Zerschlagung fortsetzen, jede Kausalität leugnen und selbst „Güteverhandlungen“ verhindern weil mit Gerichte übergreifenden Verfahren (vom Verwaltungsgericht / Sozialgericht zum Amtsgericht) nur noch Justiz-Versagen erzwungen wird

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 380)

Das Zerschlagungsopfer hat sich seine Täter nicht aussuchen können.

Täter mit persönlicher Verantwortung für die politisch motivierten Zerschlagungen Z1-Z5, mit erdrückender Beweislage längst geklärt: In den politisch motivierten Zerschlagungen Z4 und Z5 (soziale Zerschlagung mit Datenschutz-Skandal sind auch Sozialgerichte involviert bzw. der Sozialversicherungsträger und weisungsgebundene Staatsanwälte mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto im Zuge der sozialen Zerschlagung involviert). Immunitätsschutz der Haupttäter ist der wesentliche Grund für Güteverfahren. Güteverfahren sind legitime Verfahren, verfassungswidrige „Hybridverfahren“ sind dafür nicht erforderlich.

Fortsetzung gemäß Anlage VB-2352:

OVG 11 RM 2/22 (judikativer Boykott von Güteverhandlungen)

Aktenzeichen: OVG 11 RM 3/23 (OVG 11 M 2/22, OVG 11 M 21/21, VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11 Verwaltungsgericht Berlin)

Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung

mit kapitalen Schäden

mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau,

Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit

ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr,

mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.

Brutal verfassungswidrig:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit extremistischer Ausuferung

- > zu bundesweiten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998 mit Todesopfer (2012) und Nachlass-Insolvenz am Geburtsort,
 - > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung bis Alters-Diskriminierung und
 - > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit im 82.Lebensjahr
 - > brutal verfassungswidrig
- Staatsorgane übergreifend, **Gerichte und Verfahren übergreifend**, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen

Hier: Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg 11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)

Albin L. Ockl, (Kläger und Beschwerdeführer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren) gegen **Bundesrepublik Deutschland**, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte und Beschwerdegegnerin, Täter mit Weisungsbefugnis an Staatsanwälte)

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164, sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>
Scroll down after link (page 364)

Verfassungsbeschwerden seit 2010

Brutal verfassungswidrig: Wenn Grundrechte im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag (z.B. Petitionsgrundrecht) zur Verfestigung von [politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 zusätzlich missbraucht werden, ohne Wissen der Petenten!](#)

1.Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

2010: Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München, niedergeschlagen von der CDU/CSU-Fraktion unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (Altbundeskanzlerin/Ministerpräsident von Bayern) [Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit totalem Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen](#)

2023: Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

Fortsetzung unter Begründung zu **Güteverfahren** >

[25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, 2023 im 82.Lebensjahr,](#)

erzungen mit staatlicher UMTS-Auktion 2000, zerschlagen durch verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion (60.Lebensjahr), mit politischer Zielsetzung der Zerschlagung, ohne Antwort auf Hilferufe

mit qualifizierten Projektvorschlägen für digitales Innovationswachstum, mit extremistischer Ausuferung der Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, Klage auf Rehabilitation und Schadenersatz am Verwaltungsgericht Berlin seit 2011 (70.Lebensjahr), zwischenzeitlich Klage am Landgericht Wuppertal mit Trennung nach Wohnort (2 O 70/15) und Geburtsort (2 O 163/16), danach Fortsetzung der Verfahren mit Schreiben des Verwaltungsgerichts Berlin vom 03.März 2017 (76.Lebensjahr), Zerschlagung mit Beteiligung von ARD und ZDF, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

(Fortsetzung des Güteverfahrens mit laufender Nummerierung)

164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg, ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde, ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker

> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF, mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den Congressen, mit Rundfunksperrung und kein Ende in Sicht mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen Bundesländern

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers definitiv zu verhindern gewesen und Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.

Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert

Der Kläger und Beschwerdeführer hat mit Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg Stellung genommen zum Schreiben (OVG 11 RM 3/23 vom 9.Juni 2023, eingegangen am 16.06.2023) mit

Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren ohne Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte des Beklagten, unterstützt durch Vollstreckungsgericht und Obergerichtsvollzieherin mit dem

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO:

Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen.

nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 12.05.2023 wegen Bescheidung

nach Zusendung termingerechter Verfassungsbeschwerden vom 10. April 2023 (1 BvR 149/23) und 31. März 2023 (2 BvR 538/23) mit Schriftsatz vom 22.04.2023

Die Stellungnahme in den Kapiteln 161 bis 163:

Kapitel 161. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

Zerschlagung erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im 60. Lebensjahr des Zerschlagungsopfers

unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005),

unter persönlicher Verantwortung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2021) Zerschlagung fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert, mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

Totales Justiz-Versagen zu politisch motivierten Zerschlagungen trotz Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011

Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum

> **Zerschlagung am Wohnort in NRW (Z1)** mit Erzwingung durch verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

> **Zerschlagung am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Todesopfer (2012) und Nachlassinsolvenz**

unter persönlicher Verantwortung des heutigen bayerischen Ministerpräsidenten mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin nach zeitgleichen Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag in 2010

> **Zerschlagung mit willfährigen Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 (Z3)** mit Rückendeckung durch das Bundeskanzleramt

> **Zerschlagung mit Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (Z4)** mit Weisungsbefugnis des Bundeskanzleramts

> **Zerschlagung mit ständigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Hilfe verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z5)** ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,

mit Pfändungsschutz-Konto seit 2013, zur Zeit mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung des Sozialversicherungsträgers,

gepfändet wird alles einschließlich Energie-Pauschale (an alle Bundesbürger) wegen Energie-Notstand,

mit Freiheitsberaubung (2 x) durch Polizeitrupps mit JVA-Service gegen Rentner im Schlafanzug,

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlungen ohne Wissen des zuständigen Richters,

mit Psycho-Terror durch Obergerichtsvollzieher(in),

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte,

> **Weisungsbefugnis des beklagten Beschwerdegegners, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses**

vertreten vom Kanzleramtsminister,

> mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz, durch Generalstaatsanwälte in Düsseldorf und München (BfJ), durch Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

> mit ständigen Verfassungsbeschwerden seit 2010

> mit kapitalen Vermögensschäden

> mit erdrückender Beweislage und Dokumentation

Kapitel 162. Antrag auf Durchführung des Güterichterverfahren mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §152a VwGO

Güterichterverfahren zu 25 Jahren politisch motivierten

Zerschlagungen.

> Güterichterverfahren unter Respektierung von Grundrechten gegen beklagten Täter, der Güterichter-Verfahren mit weisungsgebundenen Staatsanwälten bekämpft.

> Güterichterverfahren gegen beklagten Täter, der mit weisungsgebundenen Staatsanwälten Schadenersatz-Sabotage betreibt, nach Polizei-Terror im Januar 2023 zum Psycho-Terror parallel zum Güterichter-Verfahren gegen Zerschlagungsoffer, dem vom Täter aufgezwungen:

> Pfändungsschutz-Konto mit niedrigen Pfändungsschutzgrenzen, ohne Kreditkarte, selbst ohne Dispo-Kredit

> verfassungswidrige Sozialversicherungen mit laufender Pfändung von Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010 gegen Rentner im

82.Lebensjahr

> Internet-Link zum Güteverfahren:

Konfliktlösungen ohne Gewinner und Verlierer? Täter und Opfer auf Augenhöhe? Erklärungsbedürftig!

Brutal verfassungswidrig: Opferverhöhnung im Güterichter-Verfahren

> Antrag auf direkte Kostenübernahme durch den Täter bei Anreise des Opfers zum Obergerichtsgericht

> Antrag auf Vorverfahren zum Güterichterverfahren wegen erdrückender Beweislage am Wohnort des Klägers

> zu über 25 Jahren Europäische Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution und danach

> zu 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Kapitel 163. (Wiederholung von 155.) Antrag auf Güteverfahren

gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)

Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage

>Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr

wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),

mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.

Aktueller Zusatz: Nicht nur alle Intendanten von ARD und ZDF, **sondern auch alle Landesregierungen der Bundesländer waren über die politisch motivierte Zerschlagung informiert** (Anlage OVG2023-07)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>

Scroll down after link (page 231)

Wegen Nicht-Bescheidung der Anhörungsrüge hat der Kläger das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen. Die Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 umfasst folgende Kapitel:

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen

von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.

„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“, so

Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird“

Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021 (2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz des Zerschlagungsopfers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

nicht trotz, sondern wegen eines

herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovations-Spitzenwachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),

mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende

In dieser Zeit **2002-2010:**

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004) auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

ONLINE und KOMMTECH:Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur **Vorbereitung der Wiedervereinigung**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

2003: Ende mit 26. Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, **erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000**, im 63.

Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Unternehmens-Genozid der Innovationselite

im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter

persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.

März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9)

2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. **Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert.** Sieh

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286 ff)

2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?

Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, unter persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten

Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes Deutscher Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 12)

Sieh 1. Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen

> > > <http://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit

verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

mit Fortsetzung von

25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte

gegen Zerschlagungsoffer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen,

mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 25)

mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)

Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherin

Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
**Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne
Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen
Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnd:
Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht
von Staatsanwälten, Rechtspfleger und
Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.
Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen.**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln der
Verfassungsbeschwerde sind zusätzlich in der vernetzten Internet-
Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 293)

Mit den beiliegenden Verfassungsbeschwerde muss endlich eine
Bescheidung zum Antrag auf Durchführung eines qualifizierten
Güteverfahrens erreicht werden.

Der Beschwerdeführer hat eine erdrückende Beweislage vorgelegt:

**Weltweit größtes Congressangebot mit
professioneller Dokumentation zu den
Innovationen der Digital-Branche**

in jährlichem Turnus von 1976 - 2003: Qualitätsmerkmal dieser in
Deutschland, Europa und weltweit

herausragenden Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Besonders diskriminierend: Aus einer Vielzahl qualifizierter
Anschreiben an die Alt-Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet,
nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: **Wie lange noch?**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

> Scroll down after link (> page 9 ff)

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik
und Verwaltung**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf>

Scroll down after link (page 18)

Besonders frustrierend: Der Beschwerdeführer hat sich besonders
darum bemüht, den

Alt-Bundeskanzler mit Unterstützung durch Congressleiter an den
Computereinsatz heranzuführen, weil unter ihm an seiner Parteibasis
der Computer als „Jobkiller“ verteufelt wurde. Der Altbundeskanzler
hat mit politisch motivierter Zerschlagung, erzwungen mit der
staatlichen UMTS-Auktion 2000, auf seine Weise „gedankt“: Sieh

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 1991

> > > [1990-1993: ONLINE '9X in Hamburg](#)

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin, unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
mit nachgewiesener Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF, mit sozialer
Zerschlagung aus verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene
Staatsanwaltschaften u.v.a.m.
sind nicht hinnehmbar.

Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

gegen Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit verfassungswidriger
Kranken- und Pflegeversicherung, gegen Sabotierung und
Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren
politisch motivierte Zerschlagungen

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich
nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der
Verfassungsbeschwerde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

Es ist brutal verfassungswidrig, dass der Beklagte, Täter politisch
motivierter Zerschlagungen, mit Staatsanwälten, mit Vertragspartnern
aus einem Staatsvertrag und mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen Staatsgewalt missbraucht, um Rehabilitierung
und Schadenersatz **zu sabotieren**: mit einer Überflutung von
Gerichtsverfahren zu verheerenden Folgewirkungen, die mit politisch
motivierten Zerschlagungen in Gang gesetzt wurden, die vom Opfer
im 82.Lebensjahr nicht mehr verhindert werden können, und
es ist brutal verfassungswidrig, wenn Gerichte in
Gerichtsverfahren, die seit 2011 andauern, Klagen unterdrücken,
um Rehabilitierung und Schadenersatz **zu boykottieren**. Das ist
totales Justiz-Versagen.

Der Antrag auf ein angemessenes Güteverfahren zu

**über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nach 26 Jahren Europäische Congressmessen mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in 2003**

ist hinreichend begründet. Die Bescheidung dieses Antrags ist
mehrfach mit Verfassungsbeschwerde eingefordert.

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, jetzt im
83.Lebensjahr, erwartet, dass der Weg zu Rehabilitierung und
Schadenersatz endlich freigegeben wird. Bis heute hat das
das Opfer in seinem gesamten Leben keinen einzigen Pfennig
Fördergelder und keinen einzigen Cent Schadenersatz erhalten.
Für Weltklasse-Höchstleistungen zur digitalen Evolution in
Deutschland und Europa.

Velbert, 03.10.2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur **unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben **und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben**, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit $3 \times 4 = 12$ ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > https://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

Anlagen der Klage:

Anlage VE-01: Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf>

75 Jahre Grundgesetz, Überblick über Faktenlage einschl. Datenschutz-Skandal, qualifizierte Zeugen, Täter mit persönlicher Verantwortung, mit Immunitätsschutz und Datenschutz,

Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzunehmen: Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig

In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum

Bürger sind keine Untertanen, denen

mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung**

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert

Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977

mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der

digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch

motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen

staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht, > das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat. Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088)

Anlage VE-02: Wegen judikativem Boykott des Güteverfahrens in 2023 am Oberverwaltungsgericht Berlin, obwohl intensive Beziehungen nicht nur zur Hauptstadt Berlin, sondern zusätzlich zur geteilten Stadt Berlin und längst nachgewiesen zur Wiedervereinigung: Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, z.B. mit

Dr.Johannes Rau: 1 Jahr vor dem Mauerfall

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

Historische Dokumente der ONLINE'84, der 7.Europäischen Congressmesse für Technische Kommunikation (Digitalbranche) Congressbände und Seminardokumentationen (kostenfrei) der ONLINE 1984 in Berlin (vor 40 Jahren)

Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice 6 Congressbände (alle ISBN-nummeriert) mit Messekatalog, Informationsbroschüren in Deutsch und Englisch:

Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung des Innovationswachstums der Digital-Branche

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv

2024: Vor 40 Jahren in der geteilten Stadt Berlin: ONLINE unterm Funkturm

Von einem Velberter Unternehmer (Kläger), mit Eigenfinanzierung, ohne Subventionen:

ONLINE'84, 7.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation,

mit Senatsempfang durch Senat von Berlin, eröffnet von Senatsdirektor

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Führendes Congressangebot zu den ITK-Innovationen in 25 ganztägigen Symposien von A-Z mit Dokumentation in 6 ISBN-nummerierten Congressbänden (plus

32 ganztägige Seminare mit kostenfreier Seminardokumentation):

[Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken: Eine Herausforderung an das Management](#) (Band zu Kongress I)

[Bildschirmtext, die 2. Generation mit dem CEPT-Standard](#) (Band zu Kongress II)

[Mensch-Computer-Dialog, Mikrocomputer und lokale Netze](#) (Band zu Kongress III)

[Integrierte, multifunktionale und offene Bürokommunikation](#) (Band zu Kongress IV)

[CAD/CAM und Computer-Graphik](#) (Band zu Kongress V)

[Datennetze, Netzwerkmanagement und postalische Kommunikationsdienste](#) (Band zu Kongress VI)

ONLINE'84, 7. Europäische Kongressmesse für Technische Kommunikation:

Führende Kongresse in Europa, praxisnahe Seminare für die mittelständische Wirtschaft, internationale Ausstellung für technische Kommunikation,

> > > **Ganztägige Symposien A-Z in 6 Congressen + 32 ganztägige Paxis-Seminare**, insgesamt 57 ganztägige Management-/Fach-/Lehr-Veranstaltungen im ICC Berlin

> > > **Fernsehen Live von der ONLINE'84**

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Leistungsstärkste Congressmessen: ONLINE 2000, ONLINE 2001

Umsatzeinbruch nach Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000: ONLINE 2002 und ONLINE 2003.

Anlage VE-03:

Schriftsatz vom 01.Okt.2024 an das Landessozialgericht mit den Anlagen LSG-33, LSG-34, LSG-35, LSG-36, LSG-37, LSG-38

Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:

> > > **Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010** gegen

Rentner im 83.Lebensjahr,

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort seit 1998, seit über 25 Jahren,

mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit, Pfändungsschutz-Konto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon),

ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des **grundgesetzlichen** Anspruchs auf Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverhandlung.

Hier: Untaugliche Fortsetzung eines sozialgerichtlichen Verfahrens wegen

> > > Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 Faktenlage)

> > > und nicht um Beitragserhöhung gemäß Zusendung vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024)

mit Stellungnahme aus mehreren Verfassungsbeschwerden und erneuter Klage (5.Klage) gegen die Bundesrepublik Deutschland **wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin** zu Rehabilitation, Schadenersatz und Güteverhandlung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren einschließlich sozialer Zerschlagung wegen (nicht obwohl)

Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum und einem Datenschutz-Skandal, in dem Opferdaten mit höchstem Schutzbedarf zu Täterdaten transformiert werden.

Datenschutz ist nicht nur deutsches Grundrecht, sondern auch internationales Menschenrecht.

Anlage LSG-33

Gerichte übergreifende Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024/hier 17.09.2024

(1 BvR 1943/24, AR 2655/24)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert,

ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine

Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikerunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..

Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowandvernetzung:

Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm

Anlage LSG-34

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1680/23 vom 15.Sept.2023

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)

nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa

in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001

Google zeigt, was seit 1998 in 25 Jahren

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000

im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers.

(Anlage LSG-34

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Anlage LSG-35

> Verfassungsbeschwerde AR 5755/24 vom 01.09.2024

gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung

verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte

Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden

Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-

Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu

verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte

unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt

wegen direkter und persönlicher Verantwortung von

Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

(Anlage LSG-35)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 294)

Anlage LSG-36

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 26.08.2024

Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414)

gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C**

211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am

31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch

verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024

(Anlage VB-2414) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23

zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024)

mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten

Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit

BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:

Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum,

eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407

Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von

weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit

Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des

Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des

Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit

„Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“

u.a.m..

Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte

ausgehebelt, weil:

Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen

ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig,

haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger

Vollstreckbarkeit.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von

sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender

Anhörungsruhe (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal:

Rechtswidrig und verfassungswidrig.

Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-

Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als

Schauprozess missbraucht:

> **Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre**

Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte

übergreifenden Verfahren

> **Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende**

Veranstaltungen > > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung

seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)

> > **für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am**

Landessozialgericht NRW in Essen

> > **für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf**

> **Gerichte übergreifend: Soziale Zerschlagung durch**

Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende

Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

seit 2010, mit Rentenplünderung im 83. Lebensjahr für

verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-

Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen

Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit,

mit Plünderung von Versicherungsleistungen,

mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung

von Zahlungseingängen aller Art

> > > **Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit**

1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und

Schadenersatz wegen

Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit

Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in

Deutschland und Europa,

für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > **Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal**

mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von

Verbraucherschutz

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung

> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfähige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren

in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, . . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit, mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“

> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten

> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen

durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.

> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier

nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.

> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 228)

Anlage LSG-37

> Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1400/23 vom 10.Aug.2023 mit Anlage VB-2352

wegen judikativem Boykott am Verwaltungsgericht Berlin

offensichtlich im Zusammenhang mit der persönlichen Beteiligung des heutigen Bundespräsidenten als Kanzleramtschef (1999-2005) des Altbundeskanzler und als Stellvertreter der Altbundeskanzlerin im Kabinett Merkel I u.a. an den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 sowie mit der langjährigen Tätigkeit seiner Frau als Richterin am Verwaltungsgericht Berlin (Anlage LSG-37)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 380)

NB. Zur Vermeidung von Missverständnissen: Der Verfasser respektiert das Staatsorgan „Der Bundespräsident“ in angemessener Weise gemäß dem Grundgesetz.

> **Anlage VB-2352: Judikativer Boykott von Güteverfahren**

Schriftsatz vom 24.07.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

Güteverfahren > 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und gegen Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen mit unverhältnismäßigem Opferkriminalisierung-Wahnsinn, Schadenersatz-Sabotage, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung

mit kapitalen Schäden

mit Sabotierung und Boykottierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz durch Überflutung mit ständigen, zeitintensiven Gerichtsverfahren unter Verantwortung angewiesener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr,

mit Anspruch auf ein humanes Lebensende

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution.

Kapitel 164. Totales Justizversagen am OVG Berlin-Brandenburg,

ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen

Rechten, ohne Respektierung der Menschenwürde,

ohne Respektierung von Weltklasse-Höchstleistungen für

digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland über mehr als 25 Jahre, danach:

> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort durch deutsch/bayerische Spitzenpolitiker**

> Zerschlagung nicht trotz, sondern wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit exzellentem, nachhaltigem

Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)

unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF,

mit rechtswidriger Nutzung multimedialer Raubkopien aus den

Congressen, mit Rundfunksperrung und kein Ende in Sicht

mit Wissen aller Landesregierungen in den deutschen

Bundesländern

Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und

Ministerpräsident von Baden-Württemberg:

„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“

Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des

Zerschlagungsoffergers definitiv zu verhindern gewesen und

Oettinger und Kollegen in den Bundesländern waren informiert.

Bescheidung des Antrags auf Güteverfahren mit

Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 eingefordert

Die detaillierten Ausführungen zu diesem Schriftsatz mit Kapitel 164,

sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-23.pdf>

Scroll down after link (page 364)

Anlage LSG-38

> **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 10.04.2024**

zu Datenschutz-Skandal gemäß Kapitel BVERFG-403 . . .

zu nachgewiesenen Zusammenhängen mit den Petitionen des

**Beschwerdeführers: Demonstrative Rücktritte,
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel
in 2011-2012**

**mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-
Vorsitzenden **Monika Piel** nach mehrfachem Briefwechsel und
Verfassungsbeschwerde**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

**mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt
von Bundespräsident Horst Köhler** unmittelbar nach Schreiben
vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen
Bundestag:

**Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010
zurückgetreten)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

**Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
(Anlage LSG-38)**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Fortsetzung gemäß Anlage LSG-38:

**Bis heute: Kein Zugang zu Güteverfahren für Opfer politisch
motivierter Zerschlagungen**

**Verfassungsbeschwerde vom 8.Juli 2023 wegen Nicht-
Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Juni 2023 an
Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
11.Senat OVG 11 RM 3/23 (Anlage VB-2352)**

**als Anlage OVG2023-08 beim Oberverwaltungsgericht Berlin-
Brandenburg vorgelegt**

BVERFG-386. Aus aktuellem Anlass zum 80.Geburtstag des früheren
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit den Glückwünschen
von einem Beschwerdeführer im 82.Lebensjahr, der unter seiner
Präsidentschaft politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und
am Geburtsort mit verheerenden Folgewirkungen, mit kapitalen
Schadenswirkungen, mit parallelen Petitionen an den Deutschen
Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010 sowie danach den
Tod seines Bruders (2012) hinnehmen musste.

„Bürger sind keine Untertanen, Herausforderungen des Rechtsstaats“,
so **Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**

Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010).

**Sein Buch in 2019: “Die Warnung: Wie der Rechtsstaat
ausgehöhlt wird“**

Anlage VB-205, hier und in Verfassungsbeschwerde vom 18.Okt.2021
(2 BvR 2171/21), Verfassungsbeschwerde wegen Fortsetzung
unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Versagung von
rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit
unverhältnismäßiger, extremistischer Ausuferung politisch motivierter
Zerschlagungen und Versagung von Vorrang für Rehabilitation und
Schadenersatz des Zerschlagungsopfers

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26f.pdf>

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

nicht trotz, sondern wegen eines

**herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen, den
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren
wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales
Innovationswachstum**

durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit sozialer Zerschlagung im 82. Lebensjahr ohne Anerkennung des Anspruchs auf ein humanes Lebensende

In dieser Zeit **2002-2010**:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident von NRW und danach Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004) auf der KOMMTECH'88 in Essen (Anlage VB-AA)

Hochrangige DDR-Delegationen auf seinen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: **1 Jahr vor dem Mauerfall**

Wirkungsvolle Kontakte für deutsche Wiedervereinigung

auf seinen Congressmessen, nicht nur auf der KOMMTECH in Essen, sondern auch auf der ONLINE in Hamburg:

Öffentliche Kontakt-Foren für deutsche Wissenschaftler aus West und Ost zur Vorbereitung der Wiedervereinigung

> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>

2003: Ende mit 26. Europäischer Congressmesse ONLINE nach wirtschaftlichem Einbruch, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, im 63.

Lebensjahr des Beschwerdeführers, seitdem keine Einnahmen mehr aus Beruf und Unternehmen

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 6/7)

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Unternehmens-Genozid der Innovationselite im digitalen Innovationsmarkt

2004-2010: Intensive Bemühungen um Fortsetzung der Europäischen Congressmessen mit einer Vielzahl qualifizierter Projektvorschlägen, verhindert unter persönlicher Verantwortung von Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin trotz mehrfachen Interesses von mehreren Spitzenpolitikern.

März 2005: Brief an Bundeskanzler Gerhard Schröder mit Initiative und Aufruf für mehr Innovationswachstum mit Verteiler

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8)

2005: Werbung für Innovationswachstum in allen Bundesländern mit Schreiben an die Ministerpräsidenten und mit qualifizierten Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9)

2005-2010: Werbung für Innovationswachstum mit qualifizierten Projektvorschlägen an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – gegen eine neue Berliner Mauer des Schweigens.

Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks beteiligen sich an der politisch motivierten Zerschlagung seit 1998 mit Rückendeckung durch Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin. Alle Intendanten von ARD und ZDF waren informiert. Sieh

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < unter Mittäterschaft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286 ff)

2009: Neue Bundesregierung: Neue Chancen?

Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer

politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Berliner Mauer des Schweigens!

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8/9 bis 11)

Letztes Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 11)

2010: Parallele Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag wegen politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1, Beweise 1) und am Geburtsort in Bayern (Z2, Beweise 2), unter

persönlicher Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des damaligen Bayerischen Staatsministers und heutigen Ministerpräsidenten

Sieh Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher verfassungswidriger Missbrauch des Petitionsgrundrechtes. Deutsche Bundespräsidenten lassen „klug“ antworten, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 12)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Sieh 1. Verfassungsbeschwerde wegen erbärmlichen Missbrauch des Petitionsgrundrechtes am Deutschen Bundestag

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Sieh **Petition an den Bayerischen Landtag im Auftrag des verstorbenen Bruders** parallel zu laufenden Klagen

> > > <https://www.damwild-ockl.de/doku/pet-w-ockl.pdf>

Niederschlagung der Petitionen (Berlin/München) unter persönlicher Verantwortung von Merkel/Söder (CDU/CSU) mit verfassungswidrigen Missbrauch des Deutschen Bundestags und des Bayerischen Landtags für politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, am Geburtsort mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz

BVERFG-387. Brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend:

Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts durch weisungsgebundene Staatsanwälte (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 845/23)

mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte

mit Fortsetzung von

25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

mit Weisungsbefugnis des beklagten Täters (Bundeskanzleramt) an weisungsgebundene Staatsanwälte gegen Zerschlagungsoffer ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die einem totalen Justizversagen seit 1998 gewachsen sein müssen, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Justiz-Versagen aufgezwungen, mit verfassungswidrigem Missbrauch eines Pfändungsschutz-Konto für Pfändung hoher Rechtsanwaltskosten für Aufzwingung einer

verfassungswidrigen Krankenversicherung
2 Mal mit Freiheitsberaubung durch Polizei-Trupps gegen Rentner im
Schlafanzug und mit Präsentationsfahrt in Nachbarschaft und durch
Velbert mit **vergittertem Zwangsvollstreckungsauto**
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>
Scroll down after link (page 25)

**mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor
Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan.
2023)**

**Von Freiheitsberaubung und Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit
Obergerichtsvollzieherin**

**Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne
Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen
Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil**

brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnd:

**Opfer müsste dement sein, um ein Zwangsvollstreckungsrecht
von Staatsanwälten, Rechtspfleger und**

Obergerichtsvollzieherinnen erkennen zu können.

**Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrügen: Anlage VB-2351
und Anlage VB-2352**

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten
Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29.pdf>

Scroll down after link (page 293)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2023 an das Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2023-07

Zitat des Tages WAZ 23.Juni 2023 / Spiegel

**Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und
Ministerpräsident von Baden-Württemberg:**

**„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein
Absteigerland“**

**Das wäre mit den Europäischen Congressmessen des
Zerschlagungsoffers definitiv zu verhindern gewesen und**

Oettinger war informiert. Politisches Versagen. Sieh

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005

Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-
Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9)

Totales politisches Versagen: Nicht nur die Bundesregierung, alle
Landesregierungen der Bundesländer waren informiert. Die

Altbundeskanzlerin hat alles gesperrt:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 9)

Sieh **3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die**

Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem

**Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance
gegen Umverteilungspolitik**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 8-9)

Anlage VE-04

Aus aktuellem Anlass: Rentenplünderung-Skandal Nr.2 mit Eskalation des Datenschutz-Skandal Zurückweisung der skrupellosen Fortsetzung des Rentenplünderung-Skandal auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten auf Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung:
Anschreiben der RAe caspers mock vom 08.10.2024 (eingegangen am 12.10.2024, mit Zahlungsaufforderung bis 18.10.2024)

Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozial-Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010.

Aus einem verfassungswidrigen künstlichem Teilversäumnisurteil, mit dem die Rechtfertigung der sozialen Zerschlagung zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder eingespart wurde.

Sozialversicherungsträger hat keinen Anspruch auf verfassungswidrige Justiz. Aber Rentner im 83.Lebensjahr mit über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen hat grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverfahren.

Anlage VE-05

Grundrechte sind zu respektieren, insbesondere nach ordnungsgemäßer Verfassungsbeschwerde. Urteile ohne Respektierung von Grundrechten haben keine Rechtskraft, und sind selbstverständlich anfechtbar. Der Beschwerdeführer hatte nur Zugang zu Rechtsmittel, um eine ordnungsgemäße Verfassungsbeschwerde durchzuführen. Das hat er getan.

Sieh Schreiben vom 07.10.2024, eingegangen am 12.10.2024.

Anhang: **Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** haben seit dem Ende der 70er Jahre (ONLINE-Seminarreihe seit Beginn der 70er Jahre) herausragende Leistungen erbracht:

Rückblick 26 Jahre ONLINE:

> > > <http://www.euro-online.de/vean.htm#x1>

>>> [1977-1983: So entstand die ONLINE](#)

>>> [1984-1985: ONLINE in Berlin und Düsseldorf](#)

>>> [1984-1988: KOMMTECH in Essen und Karlsruhe](#)

>>> [1986-1989: ONLINE '8X in Hamburg](#)

>>> [1990-1993: ONLINE '9X in Hamburg](#)

>>> [1994-1995: ONLINE '9X in Hamburg](#)

>>> [1996-1997: ONLINE '9X in Hamburg](#)

>>> [1998-2000: ONLINE wieder in Düsseldorf](#)

>>> [2001-2002: Impressionen & Highlights](#)

>>> [2003 Die gesamte Congressmesse](#)

>>> <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an Oberverwaltungsgericht Berlin
zugesandt:

Anlage OVG2023-01: Erneute Zusendung der
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht
Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten
Beilage von
Anlage VG-2211
Anlage ONLINE-PROGRAMM, Programmbroschüre ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für
Technische Kommunikation), Hauptprodukt einer flächendeckenden
Besucherwerbung zur Congressmesse, mit Management-Symposium
I-1 (Nachgewiesen: Multimediale Raubkopie durch Phoenix-
Presseteam)
Anlage VG-2212
Anlage Congressmesse-Katalog ONLINE'98 (2x)
am Beispiel der ONLINE'98 (21.Europäischen Congressmesse für
Technische
Kommunikation), 96 Seiten, mit Führungssystem durch weltweit
größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice,
kostenfrei für alle Congressmesse-Besucher
Anlage VG-2213
Nachhaltige Qualifikation durch professionellen Verlagsservice
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)
8 Congressbände (ISBN-nummeriert) und 6 Tutorialbände der
Europäischen Congressmesse ONLINE'98 (14):
insgesamt über 260 Congressbände zu über 260 Congressen –
Historische Dokumente über die jährliche Entwicklung der Digital-
Branche
Congressband I Telekommunikation und ihre Netze: Strategien
und Entwicklungstrends
Congressband II ATM-Evolution der Telekommunikation. Neue
Entwicklungen der Multimedia-Vernetzung
Congressband III Corporate Networks, neue Carrier-Netze,
Intranets . . .Fortschritte des Networking
Congressband IV Internet, Electronic Commerce, Multimedia . .
Innovationen der Geschäftsabwicklung und Geschäftskommunikation
Congressband V Bestehen im Wandel und Wettbewerb durch
Fortschritte der Büroautomation
Congressband VI Informationstechnik im Zeitalter des Internet:
Herausforderungen und Trends
Congressband VII Strategisches IT-Management, SAP-Forum, Call
Center Management, Helpdesk Management
Congressband VIII Data Warehousing: Steuern und Kontrollieren von
Geschäftsprozessen
Tutorialband A High Speed und Integriertes Networking: Stand,
Trends, Fortschritte in der Praxis, Migration zu integrierten
Netzstrukturen
Tutorialband B Internet-Technologien als Bausteine zur
Realisierung zukunftssicherer Unternehmensnetzwerke
Tutorialband C Firewalls: Schutz gegen Internetangriffe,
Auswahl, Aufbau und Konfiguration
Tutorialband D Electronic Commerce: Potentiale für
Konkurrenzfähigkeit und Wettbewerbsvorsprung erschließen
Tutorialband E Intranet und Groupware: Integrationsplattform für
die Unternehmenskommunikation
Tutorialband F Data Warehouse (DW): Kompaktes Wissen für

DW-Projekte. Data Warehouse versus operative Anwendungen

> > > **32 ganztägige Symposien in 8 Congressen + 6 ganztägige Tutorials**

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_98.pdf

Anlage OVG2023-01:

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)

> **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

Neue Verfassungsbeschwerde

nach einem Urteil am Verwaltungsgericht Düsseldorf, in dem Wahrheit, Recht und Verfassung gebeugt wird,

Beweise und Klage unterdrückt werden,

mit unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und nachzuholender Weihnachtsruhe

wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

> zu Zerschlagung am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer (2012) und kapitalen Vermögensschäden

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit

> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend,

Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend,

unter Beteiligung des

Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286)

Anlagen im Schriftsatz vom 12.Dez.2022

Anlage OVG2022-01:

**Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz
an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit
Mehrrichter-Verantwortung**

wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter
persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den
Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch
Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal, am Amtsgericht Velbert und am
Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung /
Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Anlage VB-2304:

**27 K 2672/22 am Verwaltungsgericht Düsseldorf
Klage gegen öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR/WDR) auf
Rehabilitierung und Schadenersatz**

wegen Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022
wegen Eskalation einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
nach verfassungswidrigem Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler Schröder:
Altbundeskanzler, sanktionierter Lobbyist von Kriegsverbrecher,
Helfer und Helfershelfer, haben sein Lebenswerk zerschlagen,
Helfer und Helfershelfer verantwortlich für
politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:

Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung
wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers zu einer
verfassungswidrigen Krankenversicherung am 08.12.2022 ohne
Zugang des Zerschlagungsopfers zu Versicherungsleistungen seit
2010.

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept. 2021 an das
Oberverwaltungsgericht

Anlage OVG2021-31:

**Verfassungsbeschwerde vom 18.Aug.2018 (1BvR 1959/21) zu
verwaltungsgerichtlichen Verfahren am VG Berlin
OVG 11 M 21/21 Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
(VG 27 K 308.14 Verwaltungsgericht Berlin)**

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz
wegen

Politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe

zur bundesweiten Sippenzerschlagung,

zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung und

zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 1998

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für

Deutschland:

Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer
übergreifend, Generationen übergreifend

mit **Anlage VB-VGB03:** Fortsetzung unverhältnismäßiger,

verfassungswidriger Opferkriminalisierung der politisch motivierten

Sklavenhaltung mit orgienartiger Ausuferung paralleler

Gerichtsverfahren durch Sozialversicherungsträger Debeka **ohne**

Versicherungsleistungen seit 2010 mit Anbietderung eines

verfassungswidrigen Notlagentarifs, hier mit manipulierten

Antrag (Geburtsdatum des 80-jährigen Opfers geschwärzt) auf Erlass

eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses (eingegangen am

14.08.2021) auf Pfändungsschutzkonto. Sieh

Hintergrundinformationen der Verfassungsbeschwerde 2 BvR 880/21
(AR 864/21) vom 05.01.2021

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27.pdf>

Scroll down after link (page 155)

Anlage OVG2021-01 (Anlage LG-00)

Erste Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Köln mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 11.03.2011)

01. Personalien und Zuständigkeiten für die UMTS-Auktion 2000
 02. Verheerende Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
 03. UMTS-Auktion 2000: Staatliche Verantwortung für hoheitlichen Eingriff
 04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen des Klägers
 05. Führende Bedeutung der Congressmessen für die Wertschöpfungsketten der ITK-Branche: Lebenswerk des Klägers
 06. UMTS-Auktion 2000 & Verheerende Folgewirkungen des hoheitlichen Eingriffs im Lichte des TKG
 07. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWI & Enteignung des Klägers
 08. Chronologischer Überblick vor und nach der UMTS-Auktion 2000
 09. Kläger um 10 Jahre seines erfolgreichen Lebenswerks (Spitzenjahre der Vollendung) betrogen und bestohlen
 10. Forderungen auf Schadenersatz und Rehabilitierung
 11. Eilantrag auf Prozesskostenhilfe
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

Anlage OVG2021-02

Zweite Klage-Erhebung am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Verweisung an das Verwaltungsgericht Berlin (Schriftsatz vom 15.06.2014) mit erdrückender Beweislage in 4 großen Beweis-Ordern

- 01.** Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
- 02.** Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
- 03.** Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
- 04.** Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
- 05.** Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
- 06.** Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
- 07.** Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
- 08.** Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

- 09.** Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
- 10.** Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
'Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
- 11.** Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolglose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>
Scroll down after link (page 24)
- 12.** Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter
Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
- 13.** Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
- 14.** Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
- 15.** An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?
- 16.** Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>
Scroll down after link (page 03)

Umfangreiche Beweisanlagen zur zweiten Klage in 4 Ordnern:

Anlagen im Beweis-Ordner 1

Von den in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit Nationalem IT-Gipfel und dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von IT und Telekommunikation: 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Beweis-Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag

der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4. Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5. Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6. Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen

8. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse

2. Deutsche Kommunikationsfachmesse

ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

9. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

3. Internationale Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen

10. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren

4. Europäische Kongreßmesse für Technische Automation

1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

11. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

- 5. Europäische Kongreßmesse für Technische Automation
 ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
 12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
- 12. Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
 8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
- 13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Beweis-Ordner 2

**Europäische Congressmessen für digitale Evolution
 mit Nationalem IT-Gipfel im jährlichen Turnus vor und nach der
 Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003**

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

- ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
- 14. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
- ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
- 15. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
- 16. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
 Integrierte und globale Kommunikationsnetze
 Bürokommunikation und Informationsmanagement
- ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
- 17. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
 Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
 Integrierte und globale Kommunikationsnetze
 Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
 Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
 Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
- ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
 Speakers)
- 18. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

[Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121](http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121)
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...
 Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
[2000-2003 > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2](http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2)
[Keynote Speaker > > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112](http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112)
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

**Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden
 Folgewirkungen: Unternehmens-Genozid der Innovationselite
 im digitalen Innovationsmarkt**

ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>
 ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26. Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Professioneller Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und 2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 3.00 im Beweis-Ordner 3: Übersicht Ordner 3

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines qualifizierten Zeitzeugen, **Dr. Martin Weigele**

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1. Mal Schrumpfung im Jahr 2002, **Innovationsmarkt irreversibel vernichtet**

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“

Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz - ohne Chance für Verständnis

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/DB.pdf>

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung – ohne Chance gegen Umverteilungspolitik

Anlage 3.51:

1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 - Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung

nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005 – ohne Chance gegen betonierte Umverteilungspolitik

Anlage 3.61:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005
- Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und
Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005
- Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche – ohne Chance bei Bundesregierung und EU-Kommission

Anlage 3.71:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche
in Deutschland ohne Perspektive
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche
in Deutschland ohne Perspektive
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -

Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?

Die Hoffnung stirbt zuletzt: Chancenlos! Ohne Verständnis! Opfer politisch motivierter Zerschlagung! Gegen eine Wand des Schweigens!

Anlage 3.81:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -

Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum: Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -

Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -

IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido

Westerwelle vom 11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -

IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-Glaubwürdigkeitsverlust stoppen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag: Erbärmlicher Missbrauch des Petitionsgrundrechtes

Deutscher Bundespräsident lässt „klug“ antworten,

Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten als Mittäter erkannt

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag

Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011 anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -

Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung

Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012 und 16.01.2013
(Rücktritt Ende Januar 2013)

**Hilfearuf zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Aufruf ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010,
Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom
03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster,
Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013,
Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010,
Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom
03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

**UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-
Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger**

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Beweis-Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013,
Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom
15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013,
Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in
2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und
25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013,
Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in
2 BvR 397/13) **an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und
25.01.2012 ff.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlagen im Beweis-Ordner 4

**Weiter führende Beweismittel über politisch motivierte Zerschlagung nach
der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und durch staatliche Diskriminierung
Anlagen zur Ermittlung des Schadenersatz-Anspruches für materielle und
immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes,
Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen,
soziale Ausgrenzung**

Erste Anzeichen für politisches Umdenken

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel 2014: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv (separate Anlieferung)

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)
Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für
Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends,
Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale
und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und
Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und

Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

> > > **32 ganztägige Symposien + 5 ganztägige Tutorials**

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100

Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5 (Beweis-Ordner 4)

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb)

infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund

unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.
5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6 (Beweis-Ordner 4)

**Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)
Pet 1-17-09-703-005442**

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauchs des Petitions-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie
Bundesminister Alexander Dobrindt (2014) schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler

(Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in **Ordner 3:**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger (Feb.2015) & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchsstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Anlage OVG2021-03: 24 mal angemahnt

Ständige Anmahnungen der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung seit 2017

Anlage OVG2021-03a:

1. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.

Situationsanalyse März 2017 mit

Ablehnungsgesuch gegen den Berichtstatter RiVG Hofmann

Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

**68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe**

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen
Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und
Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher
Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und
Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

**Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der
beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
(Zerschlagung 3)**

**unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4) und**

**wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose
Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)**

und bis heute unter Verhinderung höchststrichterlicher Entscheidungen und
Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

**69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller
Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution
über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als**

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten
aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,
aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für
Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehobelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000
ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver
Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und
ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und
rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des
Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlachtung von Congressthemen für
Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt
gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller
Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

**70. Gigantische Umverteilungsoperation durch
grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des**

Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17**, Anlage BVG-01) und

extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17**, siehe

Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massivem Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten

Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), **erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.**

73. Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat

Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe, Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens

mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang

Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Anlage OVG2021-03b:

2. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen

Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar

Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in

Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-
nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)

**Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-
Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen** mit dem
internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger
Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc.
aus Deutschland und Europa ist **Rehabilitierungsanspruch**.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 62)

Anlage OVG2021-03c:

3. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme
zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am
29.07.2017)**

**nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung
von rechtllichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens
und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren**

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von
rechtllichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das
zuständige Landgericht

Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im
April 2011 durchgeführt)

**Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten
Rechtsanwalts nicht realistisch**

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung
inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung

3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die
Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

**80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau
der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und
Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und
Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und
Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer
angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

Anlage OVG2021-03d:

4. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am
31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender
Schadenswirkungen

Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-
Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen

für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und
Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanie mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Anlage OVG2021-03e:

5. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung

in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5

Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011

Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt

Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld

wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution

Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa

mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Anlage OVG2021-03f:

6. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller

Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich

medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung,

für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit **Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem**

Schwerverbrecher-Polizeitransporter (Zerschlagung 5)

für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,

für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen

für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)

für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer

Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge, für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)

für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung, für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)

auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 212)

Anlage OVG2021-03g:

7. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts

Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen

Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?

Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden,

ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?

Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet:
Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten

Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und

weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 250)

Anlage OVG2021-03h:

8. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex

PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend

Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Anlage OVG2021-03i:

9. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Anlage OVG2021-03j:

10. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlangelegenheit, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Siehe Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus

Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten

Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?

Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)

wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangshaft

nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,

nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und

nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung

Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangshaft zum

Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Anlage OVG2021-03k:

11. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel

von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und

von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage OVG2021-03I:

12. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Anlage OVG2021-03m:

13. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998,

20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge
mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit
durch gegenseitige Amtshilfe
durch gegenseitige Regierungshilfe
durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und
Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation
seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner
(Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem

nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13
mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018
mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz
terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20
Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte
Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes
für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer

extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung
gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte
Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer**

seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte
Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung

mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem
Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen
einzigsten Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des
Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und
Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den
digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in
Deutschland, Europa und weltweit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03n:

14. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitation, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher

> Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitation mit Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

> **Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitation und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmaßnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks**

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,

bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:

Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter

Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,

bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien"

Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft,

mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst

in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis

Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz

wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und **Heimat**

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden **und Zerschlagung der bayerischen Heimat**

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt
zu den Zusammenhängen von gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010 zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 180)

Anlage OVG2021-03o:

15. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz

beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)

Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz

beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Anlage OVG2021-03p:

16. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten

112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im

ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung

> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen

Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),

> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)

mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 285)

Anlage OVG2021-03q:

17. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 22.Aug. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort

114. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland bis heute ohne Antwort: Trotz persönlicher Verantwortung für Umverteilungspolitik mit unerträglichen Verwerfungen seit 1998

Perversion der Umverteilungspolitik zu vernichtender Zerschlagungspolitik mit kriminellem Netzwerk von skrupellosen Staatsanwälten

Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung von politisch motivierter Sippenzerschlagung, für soziale und psychische Zerschlagungen vor Schadenersatz und Rehabilitierung infolge politisch motivierter Sippenzerschlagung als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des überlebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

115. Bis heute: Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch motivierter Sippenzerschlagung:

Bundespräsident schweigt

Bundeskanzlerin schweigt

Freistaat Bayern schweigt

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt

Bis heute: Missbrauch deutscher Justiz für eine gigantische, pervertierte Umverteilungspolitik /vernichtende Zerschlagungspolitik trotz Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer)

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des überlebenden Zerschlagungsopfers

116. Politisch motivierte Sippenzerschlagung:

Frontalangriff auf das Grundgesetz unter leitender Ausführung durch skrupellose, diskriminierende, diffamierende und weisungsgebundene Staatsanwaltschaften.

Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage, zusätzlich unterstützt mit vernetzter Internet-Dokumentation

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

117. Anspruch auf öffentliche Sippen-Rehabilitierung und Schadenersatz aus einer gigantischen, pervertierten Umverteilungspolitik

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens
mit Zerschlagung der bayerischen Heimat
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter durch
eine skrupellose Staatsanwaltschaft,
mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa über mehr als 25 Jahre
Gesamter Schadenersatz-Anspruch: 38 Mio EUR
Finanzierungsvolumen für professionellen Wiederaufbau gemäß
Rehabilitierungsanspruch auf 50 Mio EUR geschätzt.
118. Bundespräsident, der nicht antwortet, will auch keine Brücken
bauen?

Solidargemeinschaft braucht Brückenfunktion
Bundespräsident sollte Brücken bauen, weil er als
Kanzleramtschef (1999-2005) selbst für eine Umverteilungspolitik
mit unerträglichen Verwerfungen Verantwortung trägt

Zerschlagungsoffer : Kein Weiter so mit hasskriminellen Übergriffen
einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte
Sippenzerschlagung zu verantworten hat!
Deutscher Staat: Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe
und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten, aber keine
Härteleistungen für Zerschlagungsoffer?
Vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter
Sippenzerschlagung zwecks Verrechnung mit ausstehenden
Sozialabgaben
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Anlage OVG2021-03r:

18. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung
Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten,
mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

119. Deutscher Bundespräsident, der nicht antworten will und keine
Brücken bauen will, hat einen triftigen Grund:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005
Vergangenheitsbewältigung einer perversierten, personalisierten
Umverteilungspolitik: juristisch unverzichtbar
Perversierte Eskalation einer personalisierten Umverteilungspolitik
durch

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

zu politisch motivierter Zerschlagungspolitik

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Verlust eines
Menschenlebens, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden

120. Alle Bemühungen vergeblich: Bundespräsident will nicht
antworten, will keine öffentliche Stellungnahme abgeben

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk verhindert mit Rundfunksperr
Aufklärung

Mauer des Schweigens gegen erdrückende Beweislage zu politisch
motivierter Sippenzerschlagung

Infamer und diskriminierender Missbrauch deutscher Justiz für soziale
Zerschlagung mit psychischer Folter auf Betreiben skrupelloser
Staatsanwaltschaft

Verlust eines Menschenlebens und kapitale Vermögensschäden
ohne Perspektive einer Rehabilitierung mit Schadenersatz

Daher: Antrag auf Zeugenaussage des Bundespräsidenten zu
ungeheuerlichen Vorgängen

politisch motivierter, bundesweiter Sippenzerschlagung

Politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung:

abscheuliches Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften!

**121. Bis heute Versagen des deutschen Rechtsstaates,
Vom infamen Missbrauch der Justiz**

zum eingeschränkten Rechtsstaat zum Unrechtsstaat

> Bundesverfassungsgericht nicht erreichbar trotz zahlreicher
Verfassungsbeschwerden (Nicht-Aannahme zur Entscheidung ohne
Begründung)

> Ordentlicher Rechtsweg nur für Fortsetzung der Zerschlagung, nicht
für Schadenersatz verfügbar entgegen Art.34 GG

> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für verfassungswidriges
Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör zu erdrückender
Beweislage

> Zwangseintreibung von Gerichtskosten für infam vorgetäuschte
Richtertätigkeit des Bundesverwaltungsgerichts durch Bundesamt für
Justiz mit opfer-feindlicher Ablehnung von Härteleistungen nach
Antrag durch das Zerschlagungsoffer

> Versagen von rechtlichem Gehör
zu Zerschlagung von Altersrücklagen und
zu staatlich erzwungener Altersarmut

mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto und
mit erhöhten Aufwendungen zur juristischen Abwehr von **politisch
motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat,
mit kapitalen Vermögensschäden**

> Versagen von rechtlichem Gehör zu sozialer Zerschlagung und
psychischer Zerschlagung mit wiederholter Freiheitsberaubung und
psychischer Folter

> Versagen von rechtlichem Gehör an Verwaltungsgerichten zu
Anträgen auf Härteleistungen zwecks Ausgleich von rückständigen
Sozialabgaben

> Justizopfer ohne Chance zur Durchsetzung von Verzögerungsrügen,
zur Durchsetzung von Strafanzeigen mit Destabilisierung der eigenen
Sicherheit

> Zerschlagung des Geburtsortes, Rufmord durch Missbrauch von
Staatsgewalt am Wohnort und politisch motivierten Zerschlagungen

> > > **Trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa**

> **Zeugenaussage und öffentliche Stellungnahme des
Bundespräsidenten angemahnt im Interesse des Rechtsstaates**

122. Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwaltschaft

Von kapitalen Vermögensschäden in hoher 2-stelliger Millionenhöhe
zu sozialer und psychischer Zerschlagung: Kein Weiter so!

Recht geht vor Macht auch gegen Mehrheiten der regierenden
Generation im Deutschen Bundestag

**Antrag auf unverzügliche Unterlassung von opfer-feindlichen
Zwangsmaßnahmen durch das Bundesamt für Justiz (BfJ) anstatt
zeitnaher Härteleistungen an Opfer extremistischer Übergriffe**

Wiederholter Antrag auf zeitnahe Härteleistungen an Opfer
extremistischer Übergriffe durch das BfJ zwecks Ausgleich von
Beitragsrückständen von Sozialversicherungen (DEBEKA)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 66)

Anlage OVG2021-03s:

19. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 02.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von
öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der**

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

123. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige: Antwort auf

Schriftsatz vom 08.Sept. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe Härteleistungen

124. In den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mehrfach beantragt: Stellungnahme und Zeugnis des heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier als verantwortlicher Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik in 1998-2005

Mit Presseinformation Nr.8 auch an Adressaten des

Öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingeforder

Sieh Presseinformation

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Vergangenheitsbewältigung, nur die Wahrheit!

Öffentliche Stellungnahme gerichtlich beantragt zu:

Pervertierte Umverteilungspolitik 1998-2005

Gegen eine Mauer des Schweigens:

> *Deutscher Bundespräsident schweigt*

> *Bundeskanzlerin schweigt*

> *Beklagtes Bundeskanzleramt schweigt*

> *Freistaat Bayern schweigt*

> *Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk schweigt*

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit

psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat,

soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des

Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Von Wahrheit 01 bis Wahrheit 10: Nur die Wahrheit für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Anlage OVG2021-03t:

20. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 20.Okt. 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten, auf

öffentliche Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten politisch

motivierter Sippenzerschlagung, mit Antrag auf

Immunitätsaufhebung, mit wiederholtem Antrag auf zeitnahe

Härteleistungen

125. Gegen eine Mauer des Schweigens: Kein Weiter so!

Fehlanzeige, weil keine Antwort zu

wiederholtem Antrag auf Zeugnis des Bundespräsidenten

Wenn kein Zeugnis des Bundespräsidenten, dann ist seine Immunitätsaufhebung wegen Vergangenheitsbewältigung erforderlich und hiermit gerichtlich beantragt

ohne Mitwirkung eines skrupellosen Täters, der an politisch motivierten Zerschlagungen beteiligten Staatsanwaltschaft

126. Täter-Netzwerk einer Umverteilungspolitik 1998-2005 mit politisch motivierten Zerschlagungen seit 2000

Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution mit 32 Innovationsschwerpunkten je Congressmesse, Verlagsservice für mehrere 100.000 Congressbände

Profiteure der Zerschlagung:

Deutsche Gewerkschaften mit IG Metall, Ver.di

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit ARD und ZDF

Bundeswirtschaftsministerium und Bundeskanzleramt

Von Wahrheit 11 bis Wahrheit 21: Nur Wahrheiten für eine öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten und seine Vergangenheitsbewältigung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>

Scroll down after link (page 181)

Anlage OVG2021-03u:

21. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 26.Nov. 2018 mit wiederholter Erinnerung an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen

Pflichtversicherungen,

an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz

und professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

127. Kein Weiter so! Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung

mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden,

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

unter Weisung von

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier

als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung.

Fehlanzeige, weil bis heute keine Antwort auf Antrag zur

Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten

wegen Vergangenheitsbewältigung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik,

wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur

Erzwingung von Altersarmut mit Nutzungszwang zu

Pfändungsschutzkonto

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden

Zerschlagungsofers mit Weltklasse-Höchstleistungen

für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

128. Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist

Voraussetzung für jede Rechtsanwendung

Perverser Missbrauch deutscher Justiz

für soziale und psychische Zerschlagung

Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften

hier in Kumpanei mit

Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen:

Zerschlagungsofer wird zum Täter gemacht

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und

mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden

Zerschlagungsofer

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Erzwingung

von Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>
Scroll down after link (page 242)

Anlage OVG2021-03v:

22. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 02.Jan.2019 mit wiederholter Erinnerung
an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich
von Rückständen und Beiträgen von sozialen
Pflichtversicherungen,**

**an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz
und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

**129. Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
mit wiederholtem Antrag auf**

**Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen
Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)** für
Gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik
der herrschenden Generation seit 1998
(20 Jahre bitteres Unrecht)

Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit

**Verlust eines Menschenlebens (Todesopfer), Zerschlagung der
deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,**
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa

**130. Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung**

mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers (jetzt auch soziales Zerschlagungsopfer)
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 und
wiederholter Antrag auf Verrechnung mit Schadenersatz

**131. Hasskriminelle Verfolgung durch skrupellose Staatsanwaltschaft
gedeckt mit Mauer des Schweigens**

unter Verantwortung der politischen Spitze in Deutschland
zu einer skandalösen, katastrophalen Umverteilungs- und
Zerschlagungspolitik trotz neuer Beweise:

**Warum CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio €
Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009?**

**Warum expandierende Welt-Leitmesse für Smartphones, mobiles
Internet und mobile Digital-Anwendungen in Barcelona?**

**Warum ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
und beim Mobilfunk, bei Glasfaser-Vernetzung abgehängt?**

Warum wird dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung
öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz, professioneller
Wiederaufbau seiner Europäischen Congressmessen verweigert?
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden
hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der
regierenden Generation seit 1998 zugunsten einer skandalösen
Automobilbranche auf Kosten der Digitalbranche:

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden
Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen,
diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung
aus dem Bundeskanzleramt
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des sozialen
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf>
Scroll down after link (page 296)

Anlage OVG2021-03w:

23. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

Schriftsatz vom 08.Aug.2019 mit Antwort auf Stellungnahme des Bundeskanzleramtes gemäß Schreiben der Regierungsdirektorin Bärbel Kohake vom 18.Juli 2019 (eingegangen am 26.Juli 2019) zum Schriftsatz des Klägers vom 02.Jan.2019 vor über einem halben Jahr.

132. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens Nicht hinnehmbar: Stellungnahme des Bundeskanzleramtes mit einer 4/3 Seitenlänge nach über einem halben Jahr zum Klage-Schriftsatz des Zerschlagungsopfers vom 2.Jan.2019

mit wiederholter Erinnerung

an Anträge auf schnellstmögliche Härteleistungen zum Ausgleich von Rückständen und Beiträgen von sozialen Pflichtversicherungen, an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung, Schadenersatz und an den professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

133. > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens In 8 Jahren Unrecht: Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik scheinbar bis zu politisch motivierter Sippenzerschlagung aufzudecken und diese Beklagte sieht keinen Anspruch auf Rehabilitierung !

Stellungnahme derart erbärmlich, weil Zerschlagungsopfer trotz tagelangen Nachdenkens keinen Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz zu Zerschlagung 1 bis 5 erkennen kann

Derart skandalös: Warum?

Heimtückische Ausführung politisch motivierter Zerschlagungen und andauernde Opferkriminalisierung mit Sippenhaft

Politisch motivierte Zerschlagungen

nicht nur trotz, sondern viel mehr wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Nachhaltigkeit durch totale Zerschlagung einer Sippe: Kriminelles Werk angewiesener, skrupelloser Staatsanwaltschaften und ihrer Mittäter

Zerschlagungsopfer musste

scheinbar die ganze Wahrheit ausgraben

gegen eine Mauer des Schweigens über Umverteilung durch

Zerschlagung mit Diskriminierung der Zerschlagungsopfer

Rehabilitierung ist vollständige Wiedergutmachung von staatlichem Unrecht

Staatliches Unrecht ist das Resultat einer

kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998

mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit nachhaltiger Umsetzung durch skrupellose Staatsanwälte und ihre Mittäter

134. > 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen

Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik seit 1998 ohne Schadenersatz unter
Verantwortung von

- > Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
- > Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
- > Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
- > 8 Jahre Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem
Verwaltungsgericht Berlin gegen eine Berliner Mauer des Schweigens:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit heimtückischen Exzessen
einer kriminellen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Politik unter Verantwortung der politischen
Führung seit 1998: Haupttäter und Mittäter
- > Bundeskanzleramt und weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
- > Bayerische Verwaltung mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
- > Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Eigeninteressen,
Rundfunksperrung und weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
- > Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen mit
weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
- > Politische Opferkriminalisierungsjustiz mit weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft

135. >75< Jahre Widerstand wie Graf von Stauffenberg

**70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen
Menschenrechten**

**21 Jahre kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit anschließender Umverteilungs-, Zerschlagungs- und
Opferkriminalisierungs-Justiz**

9 Jahre Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren an
Verwaltungsgerichten, Amts- und Landgerichten, Sozial- und
Strafgerichten und nur Zerschlagung in Sicht

unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kein Weiter so! Keine Kompromisse, wenn es um Rechtsstaatlichkeit
geht!

Abwehr von Opfer kriminalisierenden Justizverfahren seit 2011 im
Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal nach Art.20 Abs.4 GG,
weil andere Abhilfe nicht mehr möglich ist

Antrag auf sofortige Einstellung aller Opferkriminalisierungs-Verfahren
gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1728/19

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Anlage OVG2021-03x:

24. Anmahnung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung

**Schriftsatz vom 16.Feb.2020 mit Initiative einer
rechtsanwaltlichen Vertretung**

**über juristische Fakultäten von angeschriebenen Universitäten
nach Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020 im**

**sozialgerichtlichen Berufungsverfahren mit erbärmlichen
Missbrauch von Sozialgesetzen für eine Fortsetzung des**

Opferkriminalisierungswahnsinn

**136. Statt Rehabilitierung und Schadenersatz: Erbärmlicher
Opferkriminalisierungswahnsinn der beklagten Bundesregierung
nach politisch motivierter Sippenzerschlagung**

Verfassungsbeschwerde vom 30.Januar 2020 wegen Fortsetzung des
Opferkriminalisierungswahnsinn (Anlage VGB2020-01)

mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand,

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und

wegen Verstoß gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires
Verfahren (Art.6 EMRK)

mit Leugnen kausaler Zusammenhänge mit einer verfassungswidrigen

und kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Sippenhaft und verheerenden Folgewirkungen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz gegen eine Berliner Mauer des Schweigens, des Leugnens und des Abschiebens mit verfassungswidrigen Urteilen und rechtswidrigen Beschlüssen zur Einhaltung richterlicher Geschäftsverteilungspläne

137. Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten (Anlage VGB2020-02):

> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf
> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln
> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg
> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt

Antrag auf Stellungnahme und Prozesskostenhilfe durch Verwaltungsgericht Berlin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 68)

Anlagen im Schriftsatz vom 16.Feb.2020

Anlage VGB2020-01 (Anlage Jura-01)

Verfassungsbeschwerde vom 30.Jan.2020

wegen Fortsetzung eines nicht mehr hinzunehmenden

Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer und psychischer Zerschlagung

mit einem verfassungswidrigen Urteil ohne Wissen des verurteilten Opfers

(Kompaktversion mit Kapitelübersicht)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 241)

Anlage VGB2020-02

Dekanate juristischer Fakultäten um juristische Unterstützung gebeten:

> Juristische Fakultät, Heinrich-Heine-Universität; Düsseldorf

> Rechtswissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln,

> Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät, Rheinische

Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

> Fakultät für Rechtswissenschaft, Universität Hamburg,

> Fachbereich Rechtswissenschaft (01), Goethe-Universität Frankfurt

mit Anlage Jura-01 (s.o.), Jura-02, Jura-03

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-UNI01.pdf>

Alle bisher an das Verwaltungsgericht Berlin zugesandten Anlagen und Legende aller Schriftsätze seit 15.06.2014:

Sieh Folgeseiten, in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS200 0-19-1.pdf>

Scroll down after link (page 68+17)

Anlage OVG2021-04: Beschlüsse und Gerichtsbescheide

Anlage OVG2021-04a: Beschluss VG 27 K 308.14 des

Verwaltungsgerichts Berlin vom 21.Juli 2017

Anlage OVG2021-04b: Gerichtsbescheid VG 27 K 308.14 des

Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-04c: Beschluss VG 27 K 308.14 des

Verwaltungsgerichts Berlin vom 04.Juni 2021

Anlage OVG2021-05:

Aus Verfassungsbeschwerde vom 26.Feb.2021 Anlage VB-29 (29a-29c) in

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 939/21: **Söder / Huml / Eck** direkt beteiligt an

politisch motivierter Sippenzerschlagung

VB-29a) Sudetendeutscher Stammesverband, Vierter

Stammesverband in Bayern mit Schirmherrn **Dr. Markus Söder**
Direkte, persönliche Beteiligung an politisch motivierter
Sippenzerschlagung zur Unterstützung krimineller
Umverteilungspolitik der CSU in Bayern durch
Melanie Huml, CSU, seit 2003 im Bayerischen Landtag, seit 2007
Staatssekretärin der Bayerischen Staatsregierung,
seit 2018 Staatsministerin für Gesundheit und Pflege
Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März
2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, danach
Staatssekretär im Staatsministerium für Gesundheit und Pflege
**VB-29b) Niederschlagung der Petition an den Bayerischen
Landtag** durch Melanie Huml mit Schreiben vom 16.08.2010,
Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und
Gesundheit in Abstimmung mit dem Staatsministerium des Innern
(Gerhard Eck, CSU, seit 1998 im Bayerischen Landtag, 2009-24.März
2020 Staatssekretär im Staatsministerium des Innern
> > > www.damwild-ockl.de/doku/innenstaatssekr.jpg)

**VB-29c) Klageerhebung vom 06.Juli 2016 am Landgericht
Wuppertal** (2 O 163/16 bis Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17)
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und
Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch
ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter
Petition an den Bayerischen Landtag und
wegen kapitaler Vermögensschäden
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Todesfolge:
Wendelin Josef Ockl, verstorben am 06. Juli 2012 in Themenreuth,
Gemeinde Leonberg, Landkreis Tirschenreuth
Albin Ludwig Ockl, Dipl.-Ing., alleiniger Erbe / Rechtsnachfolger des
verstorbenen Bruders
(Bruder, Kläger, Rechtsnachfolger)
gegen Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg,
vertreten durch den Freistaat Bayern,
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister,
Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München (Beklagte)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Anlage OVG2021-06:

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so) Juni/Juli 2018

Briefe (2) an Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Internet-Doku zum 1. Anschreiben (a) und 2. Anschreiben (b)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

2. Anschreiben: Scroll down after link (page 22)

in Kopie an

**Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Bundespräsident antwortet nicht

trotz persönlicher Verantwortung für extremistische Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu bundesweiter Sippenzerschlagung mit Treib-
und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer in 2012) und kapitalen
Schäden

trotz höflicher Bitte um Unterstützung als Brückenbauer gemäß der
Sicht seiner Rolle als Bundespräsident

Anlage VB-10 im Schriftsatz vom 08.Aug.2019

Unterdrückung von Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit Zurückweisung eines Anspruchs auf Begründung nach begründetem Verlangen eines ordentlichen Rechtsweges für den Anspruch auf Schadenersatz gemäß Art.34 GG im Schriftsatz vom 13.Aug.2017 in Abstimmung mit dem Verwaltungsgericht Berlin (10.Aug.2017).

Anlage VB-11

Verfassungsbeschwerden in 2017 wegen Unterdrückung der Schadenersatzverfahren 2 O 70/15 (Zerschlagung 1) und 2 O 163/16 (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal mit

> Schriftsatz vom 02.Nov. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 77)

> Antwort des Bundesverfassungsgerichts vom 18.Okt.2017

> Schriftsatz vom 25.Sept. 2017 (2 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> Schriftsatz vom 18.Sept. 2017 (3 Seiten Übersicht)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage VB-0

Verfassungsbeschwerde in 2019 (1 BvR 1728/19, AR 3671/19)

Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 wegen Opferkriminalisierungs-Justiz mit ständiger Versagung von rechtllichem Gehör

im Umfeld einer gigantischen Umverteilungs-, Zerschlagungs- und Opferkriminalisierungs-Justiz seit 1998 mit verheerenden Folgewirkungen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Anlage VB-12

Jüngste Verfahren der staatsanwaltschaftlichen Orgie von Opfer

kriminalisierenden Gerichtsverfahren: Von der Gerichtsvollzieherin bis zum Vizepräsidenten des Landgerichts Wuppertal (jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach)

Anlage VB-12a: Zwangsvollstreckungssache DR II 865/19 der Obergerichtsvollzieherin Sonja Kreyenpoth in staatsanwaltschaftlicher Orgie von Opfer kriminalisierenden Gerichtsverfahren gemäß

Anlage VB-12b und VB-12c: 2 Beschlüsse der 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zum Beschwerdeverfahren (16 T 194/18, 16 M 590/18 Amtsgericht Velbert) mit Zurückweisung einer Anhörungsrüge und eines Ablehnungsgesuchs, weil der betroffene Richter jetzt Präsident des Landgerichts Mönchengladbach ist und auf Kosten des Zerschlagungsopfers seinen Schreibtisch am Landgericht Wuppertal aufgeräumt hat.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/LGAG18.pdf>

Scroll down after link (page 34)

Anlage VB-09 im Schriftsatz vom 15.Juli 2019 mit Zurückweisung jeder

Kostenverantwortung für eine blindwütige Orgie von Opfer

kriminalisierenden Justizverfahren mit beiliegender Mahnung gemäß

Anlage LGW-2019-18b der Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage VB-0

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage VB-09a: Antwort der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 11.07.2019

mit Opfer kriminalisierender Überschrift (Strafvollstreckungssache gegen Sie) und mit Hinweis auf eine Rechtskraft, die nicht vorhanden ist, wenn Grundrechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-09b: Zurückweisung mit Schriftsatz vom 24.Juli 2019 mit

Hinweis auf eine verruchte NS-Justiz im Zusammenhang mit

Opferkriminalisierungsjustiz und Sippenhaft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-NRW.pdf>

Scroll down after link (page 38)

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Jan.2019

Anlage VG190102-01

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 mit Berufung, weil

Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheidung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Anlagen im Schriftsatz vom 26.Nov.2018

Anlage VG181126-01

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhöhrungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und mit Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>

Scroll down after link (page 42)

Anlage VG181126-02

Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlagen im Schriftsatz vom 02.Okt. 2018

Anlage VG181002-01

Schriftsatz vom 28.Sept. 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Erinnerung an Umsetzung von öffentlicher Rehabilitierung und Schadenersatz durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (beklagter Mittäter) mit begründetem Antrag (Forts.) auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten bei den Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin nach zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten ohne Antwort und nach miserabler Klage-Erwidern des nicht beklagten WDR am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit zusätzlicher Presseinformation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Scroll down after link (page 204)

mit **Anlage VG180928**

Zusendung der Presseinformationen Nr.8 (Presse-1809.pdf) mit Presse-1809Brief.pdf an ARD und ZDF "Gegen eine Mauer des Schweigens Sept.2018
Öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten gerichtlich beantragt"
an ARD

> Herrn Tom Buhrow, Intendant des WDR
> Herrn Rainald Becker, ARD-Chefredakteur
> Chefredaktion ARD-aktuell
> Frau Sandra Maischberger, Redaktion "Maischberger"
an ZDF
> Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF
> Herrn Dr. Peter Frey, Chefredakteur des ZDF
> Herrn Dr. Eckart Gaddum, Leiter Hauptredaktion Neue Medien

und **Anlage Presseinformation Nr.8**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf>

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Sept. 2018

Anlage VG180908-01

Schriftsatz vom 06.Sept.2018 an das Bundesamt für Justiz mit Zurückweisung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses gemäß Anlage BFJ-180831 Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 17.Aug.2018, zugesandt mit Schreiben vom 29.Aug.2018, zugesandt als förmliche Zustellung ohne Angabe von Datum/Uhrzeit/Unterschrift im Feld "Zugestellt am", eingegangen am 31.Aug.2018
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 24)

Anlage VG180908-02

Schriftsatz vom 25.Aug.2018 an DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. mit **Kapitel 03. Kein Weiter so! Daher**

Zwei Briefe an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Zwei aktuelle Verfassungsbeschwerden wegen sozialer und psychischer Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5)
Antrag auf sofortige Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe und vorrangige Anträge für Schadenersatz wegen politisch motivierter

Sippenzerschlagung
zwecks Verrechnung mit ausstehenden Sozialabgaben

Anlagen im Schriftsatz vom 31. Juli 2018

Anlage VG180730-1

Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vom 25. Juli 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27. Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27. Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18. Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>
Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20. Juni 2018

Anlage VG180620-1

Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

vom 10. Juni 2018 in Kopie an
Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27. Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27. Kammer 27 K 4325/18)
"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)
Verfassungsbeschwerde vom 18. Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24) Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 05. Mai 2018:

Anlage VG180505-3

Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10. Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28. Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

wurde in Kopie versandt an

EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:

Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb
Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien
Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18. April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24. Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt) an **Horst Lorenz Seehofer**
Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU
mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27. Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05. Jan. 2018 und vom 18. Feb. 2018 (gesamt 21 Seiten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15. März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: Weltweit größtes Congressangebot für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congresssteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

„Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

**über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999**

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigelegt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive". WAZ-Interview vom 28.Feb.2018 mit dem
designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft:
Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit
Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven
Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie
Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer
Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung
eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen
Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden
von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen
Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur
Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag
auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit
Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom
21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum
Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich
erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der
Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von
EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch
motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit
Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten

Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

**Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
Bundewirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)**

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

**Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg
Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau**

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

**Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch**

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

**EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission
EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999)** auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

**24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001**

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach

Einstellung der Congressmessen
Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)
